

ROLF BADSTÜBNER

Gesamtdeutsche Optionen und Neutralisierungsvarianten

Daß sich die internationale und deutsche Politik 1947/48 an einem Scheideweg befand, erscheint im Rückblick sehr plausibel, und vieles kann zum Beleg dessen angeführt werden; dennoch sollte man sich auch in diesem Fall der Gefahr bewußt sein, die daraus erwächst, wenn der Scheideweg quasi als unumstößliche und irreversible Tatsache festgeschrieben und alternative Möglichkeiten vollständig oder weitgehend ausgeblendet werden.

Ungeachtet aller scheinbaren Eindeutigkeiten war m. E. auch die Situation der Jahre 1947 bis 1949 in Wirklichkeit in sich widersprüchlicher und komplizierter und enthielt auch andere Entwicklungsmöglichkeiten als die eine, die sich dann letzten Endes durchsetzte. Solchen Möglichkeiten muß besonders dann ein hoher Stellenwert beigemessen werden, wenn man Geschichte nicht auf die gesellschaftlich-objektive Seite einengt, sondern stärker die Handlungen, Motive und Vorstellungen derjenigen einbezieht, die diese Geschichte gemacht oder mitbewirkt bzw. erlebt und erlitten haben.

Bei Verwendung des Begriffs Scheideweg sollte uns außerdem bewußt sein, was das impliziert. Es setzt doch voraus, daß es vorher eine Alternativstruktur zu Kaltem Krieg und Blockbildung gegeben hat.

Das wird nun allerdings von denen vehement bestritten, die die Geschichte in das Prokrustesbett einer abstrakten Systemkonflikttheorie zwingen, nach der jede systemübergreifende Kooperation gar nicht oder selbstverständlich nur zeitweilig und partiell möglich gewesen sei. So gesehen, gab es 1947/48 keinen Scheideweg, sondern offenbarte sich eigentlich nur die bipolare, systembedingte Konfliktstruktur der Welt, die zeitweilig überdeckt worden war. Eine solche Betrachtungsweise wurde und wird von den Ergebnissen des kurzen 20. Jahrhunderts anscheinend unwiderleglich gestützt, dennoch ist sie m. E. einseitig und wird der Dialektik des historischen Prozesses und seiner widersprüchlichen Komplexität, in der auch stets latent alternative Entwicklungsmöglichkeiten sowohl innerhalb wie zwischen den Systemen enthalten waren, nicht gerecht. Und der Ausbruch des Kalten Krieges war zwar keineswegs zufällig, aber wiederum auch nicht gesetzmäßig und nicht zwangsläufig.

In der Menschheitsgeschichte ist es ja wohl so, daß es meist immer erst eines tiefen Falls und des Erlebens einer Katastrophe bedarf, um Menschen zu umgestaltender Tat und dem Beschreiten

Rolf Badstübner – Jg. 1928.
Prof. Dr. habil., Historiker,
Berlin.

Beitrag auf der Konferenz
»1947/48: Internationale
und deutsche Politik am
Scheideweg« am 13. und
14. Juni 1998 in Berlin.

neuer Wege aufzurütteln. Die beiden Menschheitskatastrophen in Gestalt der beiden Weltkriege, die unser Jahrhundert entscheidend beeinflussten und prägten, wirkten zugleich auch auf diese Weise und eröffneten, wenngleich auf unterschiedliche Art, Chancen in Richtung auf weltgeschichtliche Alternativen. Insbesondere der Zweite Weltkrieg, der – und das gilt es zu betonen – nicht der Systemauseinandersetzung entsprungen war, der ein Krieg gegen den Faschismus und gegen den japanischen Militarismus war, die die ganze Welt versklaven wollten, und der die Menschheit bis hart an den Rand des Abgrunds brachte, weckte und mobilisierte system- und ideologie- und somit grenzüberschreitend Kräfte und Anstrengungen dahingehend, einem erneuten Weltbrand auf neue Art und Weise und wirksam vorzubeugen.

Die Bedeutung der Antihitlerkoalition reduzierte sich in diesem Kontext nicht auf die gemeinsame, systemübergreifende Niederwerfung des Faschismus. Sie ergab sich mehr noch aus dem anfangs allseits mit festem Willen unternommenen Versuch, unbeschadet der System- und Interessengegensätze mittels eines neuen internationalen Systems eine integrative Weltordnung zu errichten, die den Weltfrieden dauerhaft sichern, den Weg kooperativer Konfliktbewältigungen beschreiten und den Hauptmächten der Antihitlerkoalition eine entscheidende Rolle zukommen lassen sollte.

Mit den in zähem Ringen zustande gekommenen einvernehmlichen Beschlüssen der Antihitlerkoalition und ihrer Realisierung hinsichtlich wichtiger Kernbereiche – Stichworte UNO und neue internationale Ordnung, neues Völkerrecht, Bestrafung von Nazi- und Kriegsverbrechern, politisch-ideologische Überwindung des Nazismus – wurde die Nachkriegsentwicklung auf eine neue Grundlage gestellt, die durch den Kalten Krieg nicht einfach aufgehoben und beseitigt wurde, sondern ihn überdauerte.

Andererseits ließ nach Kriegsende der große Drang zu grundlegenden, eventuell Opfer kostenden Veränderungen bei vielen Kräften und in den herrschenden Kreisen zunehmend die Bereitschaft nach, neue Wege zu gehen. Die Hauptmächte der Antihitlerkoalition sahen sich offensichtlich immer weniger in der Lage, ihre imperialen Interessen und Ziele im Rahmen eines kooperativen Interessenausgleichs wahrzunehmen. Gegenseitige Fehlwahrnehmungen traten hinzu. Die Ziele der Antihitlerkoalition erwiesen sich in vielem als zu ambitioniert und zu weitgesteckt. Das betraf insbesondere auch das radikaldemokratische alliierte Programm in bezug auf Deutschland.

Da man die sich auftuenden Widersprüche und Schwierigkeiten im Rahmen einer integrativen Weltordnung und des bestehenden Kooperationssystems nicht lösen und die aufbrechenden Konflikte nicht bewältigen konnte (oder das nicht wollte, das muß hier offen bleiben), blieb nur der Ausweg, den Konflikt zu regionalisieren und die Kooperation abzubauen. Die weitreichende Kooperation während des Krieges bedingte den besonders rigorosen Bruch, gegenseitige Schuldzuweisung eingeschlossen, kurz, Blockbildung und Kalten Krieg. Indem ich den Kalten Krieg inhaltlich mit konfrontativer Systemblockbildung und gegenseitiger Verteufelungs- und Vernichtungsentention im Zusammenhang sehe, begann er aus

meiner Sicht – ungeachtet fließender Übergänge und damit der Problematik solcher Zäsuren – mit der Truman-Doktrin und, im Gegenzug der Kominformerklärung, und endete mit dem KSZE-Prozeß.

Der mit dem Kalten Krieg vollzogene Bruch war jedoch keineswegs absolut. Das kooperative System wirkte in Gestalt der UNO etc. und auch im Festhalten an der gemeinsamen Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland weiter. Die deutsche Einheit oder Wiedervereinigung und der Abschluß eines Friedensvertrages standen weiterhin auf der Tagesordnung des weiterwirkenden Rates der Außenminister.

Stalin hielt an seiner gesamtdeutschen Option und an dem Ziel eines neutralisierten Deutschlands fest. Das ist auch dann von Bedeutung, wenn er dafür offensichtlich kein realisierbares Konzept entwickeln konnte und gleichzeitig vieles tat, was diesem Ziel entgegenwirkte. Das sowjetische Festhalten an wichtigen Kooperationszielen und Inhalten, z.B. mit dem 1949 unterbreiteten Vorschlag, die Arbeit des Kontrollrates wiederaufzunehmen, war andererseits so realitätsfern nicht, wie es vielleicht auf den ersten Blick erscheinen mag. Kann man doch davon ausgehen, daß Stalin über geheimdienstliche Kanäle Kenntnis hatte von verschiedenen Neutralisierungsplänen, wie sie in westalliierten Kreisen entwickelt und beraten wurden. Der bekannteste und wichtigste war zweifellos der von Kennan, der immerhin Leiter des Politischen Planungsstabes im State Department war, im August 1948 vorgelegte Plan A. Er war mit Blick auf eine neue Außenministerkonferenz mit dem Ziel entwickelt worden, einen Durchbruch in der alliierten Deutschlandpolitik zu erzielen. Er sah die Bildung einer provisorischen deutschen Regierung vor, danach (und das ist wichtig!) gesamtdeutsche Wahlen, Ausarbeitung einer Verfassung, Bildung einer Vier-Mächte-Kontrollkommission, Rückzug der alliierten Truppen in Randzonen und ihr späterer Abzug, 25- oder 40jährige Demilitarisierung Deutschlands gemäß dem Byrnes-Plan, Einsetzung einer internationalen Ruhrbehörde ohne amerikanische und sowjetische Beteiligung und schnelle Beendigung aller Reparationslieferungen. Darüber kam es zu kontroversen Diskussionen, aber der Plan A wurde nicht einfach abgeschmettert, sondern zeigte Wirkungen. Die nach den US-Wahlen vom November 1948 gebildete neue Führung im State Department begann ihre Planungsarbeit Anfang 1949 damit, die grundlegenden Prämissen der Weststaatsbildung und diese selbst in Frage zu stellen. Außenminister Acheson zeigte sich im März 1949 vom Plan A beeindruckt und stellte die Frage, »er verstehe auch nicht, wie wir je zu der Entscheidung gekommen seien, eine westdeutsche Regierung oder einen westdeutschen Staat einzurichten. Er frage sich, ob das nicht vielleicht das geistige Kind von General Clay sei und nicht eine Regierungsentscheidung.«¹ Man erwog, anstelle eines Weststaates bloß eine Regierungs- oder Verwaltungsstelle für die westlichen Besatzungsgebiete einzurichten. Parallel hierzu erklärte auch der französische Außenminister Couve de Murvill, »daß sich seine Regierung noch nicht zwischen der westdeutschen und der gesamtdeutschen Lösung entschieden habe...«²

1 FRUS 1949/III, S. 102.

2 FRUS 1949/III, S.89/90.

Die komplizierte und zum Teil noch immer unentschiedene Situation im Frühjahr 1949 reflektieren auch die Papiere des Inspektors bei der amerikanischen Militärregierung, W. L. Dorn, wie dies Niethammer folgendermaßen zusammenfaßt: »Als Dorn Ende März 1949 für zwei Monate in die US-Zone zurückkehrte, um in OMGUS bei der Bilanz der Militärregierung zu helfen, traf er auf eine spannungsgeladene Situation: Schienen doch die künftigen Rollen Westdeutschlands und Frankreichs in Europa ungeklärt, die antifaschistischen Reformen der frühen Militärregierung gescheitert, der Parlamentarische Rat in der Krise, die Besatzungsbehörden kurz vor ihrem Abbau noch zum Druck auf die Deutschen in die Richtung einer ungeliebten Amerikanisierung entschlossen, die soziale Frage besonders der Flüchtlinge, der Wohnungslosen, der Arbeitsuchenden unbeantwortet, die liberale Führungsschicht der ersten Nachkriegsjahre in der US-Zone politisch in der Sackgasse und das Wiedererwachen eines neuen deutschen Nationalismus, der den Osten gegen den Westen ausspielen könnte, durchaus denkbar.«³

3 Walter L. Dorn: Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß. Übersetzt und herausgegeben von Lutz Niethammer (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 25), Stuttgart 1973, S. 124.

Auch in der britischen Militärregierung wurden zur gleichen Zeit ähnliche Besorgnisse geäußert: Es könnte dahin kommen, daß sowjetische Vorschläge über den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen »uns in eine schwierige Position brächten, denn die Deutschen würden wahrscheinlich mit der Weiterführung der Pläne für den Weststaat zögern«.⁴ Umfragen in der britischen Besatzungszone hätten deutliche Mehrheiten für einen Abzug der Besatzungstruppen ergeben.

4 Polit-Divis. CCG (BE) and Foreign Office 8.3. 1949. PRO: FO 371/76611/C 2113.

Ich kann das hier nicht weiter ausbauen und lasse das einfach so im Raum stehen.

Noch weniger geradlinig und definitiv festgelegt wie der Weg zum Weststaat war auf der anderen Seite der Weg zum Oststaat. Auch nach dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Forschung bleibt festzuhalten, daß es in der Ostzone keine Orientierung auf einen Ostzonenstaat gab, wie es sie auf der anderen Seite in bezug auf den Westzonenstaat seit 1945/46 in den Westzonen gab.

Es verhielt sich allerdings so, daß – nachdem es nicht gelungen war, deutsche Zentralverwaltungen zu errichten – die Zoneneinteilung Deutschlands zur Zonenaufteilung geriet, und das bedeutete, daß man in der Ostzone nicht umhin kam, sie verwaltungsmäßig als Einheit auf- und auszubauen. Das Problem besteht nicht darin, daß, sondern wie das geschah, d. h., ob dies in dem durch die alliierten Beschlüsse abgesteckten Rahmen geschah und damit als Stufe auf dem Wege zur möglichen Herstellung der deutschen Einheit interpretiert werden konnte. Und dies war m. E. bis 1947 weitgehend der Fall, wenngleich Zuspitzungen und Überziehungen bei der Durchführung der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen und mehr noch der sowjetische Druck bei der Fusion von KPD und SPD Relativierungen notwendig machen.

Stalin favorisierte auch 1948 und danach stark die gesamtdeutsche Option und wünschte keinen Oststaat, dessen Lebensfähigkeit überdies in Zweifel gezogen werden mußte. Dem entsprachen die Volkskongreßbewegung und insbesondere die intensiven Aktivitäten des Deutschen Volksrates und seiner Ausschüsse. Es ist m. E.

nicht zulässig, dies alles, wie es vorherrschend geschieht, als bloße Propagandataktik zu desavouieren und wegen der schließlichen Erfolglosigkeit zu marginalisieren. Wenn sich damit sicher auch viele völlig irrealen Vorstellungen und Erwartungshaltungen verbanden, weil die Westdeutschen in ihrer Mehrheit und vor allem die Entscheidungsträger die »kommunistisch radikalisierte« Ostzone schon endgültig abgeschrieben bzw. zur bloßen Irredenta herabgestuft hatten, so kann m. E. an der Ernsthaftigkeit dieser äußerst intensiven Aktivitäten kein Zweifel bestehen. Und mehr noch: Es kam doch zu beachtlichen Ergebnissen der Arbeit des Volksrates und seiner Ausschüsse.

Es war recht mutig und aller Beachtung wert, und es brachte ihm den Vorwurf des »Objektivismus« seitens der SMAD ein, als Otto Grotewohl die Arbeit des Verfassungsausschusses dahingehend orientierte, daß das Verfassungswerk »aus spezifisch deutschen geschichtlichen Erfahrungen geschöpft werden« müsse, »es kann nicht nach den Auffassungen unserer Besatzungsmächte wachsen, sondern es muß sich völlig unabhängig nach deutschen Gesichtspunkten orientieren«, auf »einer für ganz Deutschland tragbaren mittleren Linie, der Einigung sowohl der linken wie der rechten Auffassungen unter fortschrittlichen und demokratischen Prinzipien.«⁵ Und der erarbeitete und verabschiedete Verfassungsentwurf konnte durchaus, von der dogmatisierten Aufhebung der Gewaltenteilung abgesehen, mit seinem Grundrechtskatalog sowie pluralistischen und rechtsstaatlichen Elementen als ein konstruktiver Beitrag für eine gesamtdeutsche Verfassungsarbeit gewertet werden, wenn eine solche je zustande gekommen wäre. Und es war von Bedeutung, daß diese Verfassung dann – entgegen den ursprünglichen Absichten – für den Ostzonenstaat in Kraft gesetzt wurde. Das trug zwar von Anfang an dazu bei, den Widerspruch zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit zuzuspitzen, aber dennoch gingen von dieser Verfassung zugleich positive Langzeitwirkungen aus. Auch war die SBZ mit ihrer Mehrsektorenwirtschaft und anderen Strukturelementen, mit ihren Länderverfassungen und einer noch nicht völlig gleichgeschalteten Blockpolitik zu dieser Zeit noch entwicklungsfähig und mit den Westzonen kompatibel. Dahin zielte ja auch die Orientierung der 1. Parteikonferenz der SED, die Verhältnisse in der Ostzone in deutlicher Abhebung von den Volksdemokratien so zu entwickeln, daß sie quasi Modellcharakter für ganz Deutschland annehmen würden.

Mit Blick auf die mögliche Herstellung der deutschen Einheit hätte Kompatibilität unschwer dann erzielt werden können, wenn in den Westzonen anstelle der »sozialen Marktwirtschaft« die Sozialisierungs- und gemeinwirtschaftlichen Varianten zum Zuge gekommen wären, was noch unentschieden war oder zumindest schien.

Zum anderen waren das Ausgangspunkte dafür, den de facto beschrittenen »besonderen Weg zum Sozialismus« gemäß den spezifisch deutschen Bedingungen weiter zu verfolgen.

Allerdings wurde dies alles durch die seit Sommer 1948 quasi parallel betriebenen volksdemokratischen Forcierungen, insbesondere gegen Großbauern und Kapitalisten, die nur partiell zurück-

5 Deutschlands Stimme, 8.8.1948, S. 5.

genommen wurden und die Stalinisierung der SED mit der Zurückweisung des »besonderen deutschen Weges« unterlaufen bzw. es wirkte auf ambivalente Art und Weise eine gegenläufige Tendenz. Wie das ein Otto Grotewohl und andere Politiker verarbeitet oder wie sie pragmatisch mit diesem Widerspruch gelebt haben, wird wohl ein Geheimnis bleiben.

Dennoch wurde, vor allem über das Festhalten an der gesamtdeutschen Option, de facto ein besonderer deutscher Weg zum Sozialismus in der DDR und perspektivisch für ganz Deutschland, wie auch immer, weiter verfolgt und fortgesetzt. Deutliche Unterschiede zu den Volksdemokratien blieben somit nicht nur über das Faktum des deutschen Teilstaates und der Vier-Mächte-Verantwortung hinaus bestehen.

Das alles gilt es m. E. gebührend zu beachten, um historischen Vereinfachungen und Verkürzungen vorzubeugen, wenn von Weichenstellungen und bipolaren Entwicklungen als bestimmende Tendenz die Rede ist.